

XVIII.

Aus der österr. deutschen Zeitung.

Wien. Städtisches.

Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Schluß der Vormittagsitzung vom 24. Juni.

Ueber die bessere Verpflegung der beiden als Irrennige vom Militär-Stockhause in das allgemeine Krankenhaus transportirten Individuen, Dr. L e b e r m a y e r und K r o m p e t a r, referirte Dr. L a n g als Mitglied der Untersuchungs-Kommission des Ausschusses, sie hätten daselbst jene Behandlung, wie sie allen Irrennigen zu Theil wird; sollte die Verpflegung eine bessere werden, so müßte vom Ausschusse aus die Anweisung hierüber an die Regierung ergehen, was auch beschlossen wurde.

Ueber das Gerücht, welches sich gestern verbreitet hatte, es wären bei 1600 Husaren in Floridsdorf angekommen, erklärt Dr. I n n h a u s e r, es sei kein wahres Wort daran. Es wären wohl zwei Bataillone Infanterie angekommen, die jedoch nur als Ersatz für die nach Italien abgezogenen Bataillone Prinz Emil dienen.

Ueber die Bitte von zwanzig Wiener Studenten aus Prag: es fehlen ihnen die Geldmittel, um ihre Rückreise anzutreten, ergiebt der Beschluß, es möge ihnen nach gehöriger Legitimation geholfen werden. Nun erscheint Dr. G i o l i c h und trägt folgenden Bericht vor: Er sei von drei Professoren der Olmüger Universität ermächtigt, und zwar von den Professoren S a n n u s c h, S ö l z e l e t und C o p e r k y, und von Professor B r a t r a n e l vom Brünner Lyceum, folgende ihm zugekommene Mittheilungen hier zu veröffentlichen. Es sei immer die heiligste Pflicht bei einem Streite zwischen zwei Parteien, auch der anderen Partei und namentlich hier der unterlegenen, eine Stimme zu gönnen. In Olmütz will man wissen, daß schon 14 Tage vor jener unseligen Kagenmüß, die dem Fürsten W i n d i s c h g r ä z für die Verweigerung der, der Nationalgarde Prags nöthigen Munition gemacht werden sollte, die Prager Wirthe die auffallende Bemerkung machten, daß das Militär viel Geld habe, um essen und trinken zu können, so viel ihm gelüftet. Die Fürstin W i n d i s c h g r ä z, wegen ihrer Herzensgüte allgemein geliebt, wußte um den satanisch angelegten Plan der Reaction, um in Prag, so wie früher in Krafau, im guten Einverständnisse mit der russischen Regierung das Feuer der für die Nationalität erglühten Jugend durch Provokationen und bezahlte russische Emissäre zu einem unüberlegten Schritte zu verleiten. Die Emissäre tragen die Maske des Liberalismus, wobei sie das erwachte Nationalitätsgefühl der einzelnen slavischen Völkerstämme als dupe gebrauchen, um ein doppeltes Spiel zu spielen; einerseits den monarchischen Regierungen glauben zu machen, nur das

Petersburger Kabinet könne in diesen revolutionären Zeiten ein Halt für das monarchische Prinzip in Europa werden; andererseits hinterdrein die österreichische Regierung zu dupiren, und mit den Sympathien der Slaven, die verblendet vom Eifer für die Sache ihrer Nationalität, sich ihr willig in die Arme werfen, auch die slavischen Provinzen Oesterreichs zu aquiriren, und die russische Herrschaft bis zum adriatischen Meere zu erweitern. So wie in Krafau C a s t i g l i o n e schon früher von General A b r a n o v i t s in Warschau in Kenntniß gesetzt wurde, daß mit russischem Gelde ein Krawall entstehe, der den polnischen Emigranten den Vernichtungsfreischick ertheile, und den Behörden einen schicklichen Vorwand gebe, die Amnestie zurückzunehmen, weil man in den höheren Regionen jetzt von dem Grundsatz ausgeht: die Revolution müsse durch die Revolution bekämpft werden; man müsse selbst Minen gegen sich anlegen, um desto bequemere Contreminen in Bereitschaft zu halten, welches dann bei den gemäßigt Liberalen die Revolution in Mißkredit bringt, und ihnen die Sache des Fortschrittes verleidet, und endlich den Spleßbürgern die Wohlthat des absoluten monarchischen Prinzips darthun soll; so hat man jetzt in Prag die Krafauer Tragödie repetirt, wohl wissend, daß, wenn man den Wienern sagt, W i n d i s c h g r ä z stand gegen die Czaren für die Deutschen (ob schon deutsche Demokraten mit den Czaren auf den Barrikaden standen), man ihm noch eine Dankadresse votiren werde. Die edle Fürstin W i n d i s c h g r ä z warf sich ihrem Gatten zu Füßen, beschwor ihn auf den Knien, daß er abstehe von seinem gräulichen Vorhaben, indem vier Kompagnien bereits in seinem Hause mit scharf geladenen Gewehren die studirende Jugend erwarteten, doch vergebens; der Wütherich riß sie bei den Haaren, und sie selbst nahm eine Pistole und schoß sich die Kugel durch den Kopf.

W i n d i s c h g r ä z benützte den Tod seiner Gattin, um den Edelmüthigen zu spielen und hinterdrein noch bemitleidet zu werden. Ja, man spricht von einem Jäger, der durch Geld bestochen, sich als den Mörder ausgab. Jetzt, so erzählt G i o l i c h, sei Prag ein großes Heerlager, W i n d i s c h g r ä z führe daselbst nicht nur Terrorismus, sondern sogar die Zensur ein. H a a s e, der Herausgeber der konstitutionellen, böhmischen Blätter, vereinigte sich deshalb mit den übrigen Buchdruckern, kein Blatt erscheinen zu lassen, so lange solche Militärherrschaft dauere. Nachdem der Vortrag des Professor G i o l i c h bei Kundgebung allgemeiner Entrüstung im Ausschusse angehört worden, kommt Dr. S c h i e l und referirt, das Ministerium sowol als die zurückgekehrte Hof-

Kommission können noch immer keine klare Auskunft geben. Nach seiner Ansicht müßten da besondere Ursachen zu Grunde liegen, daß eine Hofkommission über ein Komplott, welches schon am 16. von Windischgrätz als ein erwiesenes erklärt wurde, heute, das ist 8 Tage darnach, noch immer keinen Bericht abgeben könne. Er stelle den Antrag, den Grafen Leo Thun in Anklagestand zu setzen. Dr. Fischhof spricht seine Ansicht, warum die Hofkommission bis heute noch keine Auskunft geben könne, dahin aus: man müsse hier in der Geschichte weiter zurückkehren, und zwar bis zum Beginne der Revolution. Als sich hier in Wien in den Märztagen deutsche Tendenzen kund gaben, als noch der Staatsrath und die alte Politik existirten, suchte man in den Slaven und vorzüglich in Prag ein Gegengewicht zu entwickeln. Er erinnere an die Berufung von Palacky nach Wien und an die Nichtbescheidung des deutschen Parlamentes, an die provisorische Regierung unter Leo Thun, an die böhmische Deputation nach Innsbruck und endlich an den Slavenvongress. Lange glaubte die Reaktion daran, sie werde durch Förderung der czechischen Nationalität das Volk beirühren, als sie sich jedoch darin betrogen fand und in Prag, so wie in Wien, das Volk sich demokratisch zeigte, waren es eben dieselben, und namentlich Windischgrätz und Leo Thun, die sich entgegenstellten. Er könne kaum glauben, daß diese Männer ohne höheren Befehl in letzterer Zeit so gehandelt hätten und eben weil hohe Personen dabei mit kompromittirt wären, sei durch die Hofkommission bis heute das Wahre an allen Vorfällen noch nicht zu Tage gefördert. (Allgemeiner Beifall und Zustimmung von allen Seiten). Dr. Innhauser hebt die Einsperrung und den schimpflichen Empfang der Wiener Deputation hervor; er will, daß der gesammten Nationalgarde Wiens, der dadurch der größte Schimpf angethan worden, glänzende Satisfaction gegeben werde und trägt darauf an, auch den Fürsten Windischgrätz in Anklagestand zu setzen. In ähnlicher Weise spricht Dr. Gruby; er begnüge sich damit, daß Leo Thun in Anklagestand gesetzt werde, er trage darauf an, ihn zum warnenden Beispiele sämmtlicher Gouverneure der Kreisämter festzuhalten.

Tellkampff fährt zum lobenden Beispiele das freisinnige Benehmen des Gouverneurs von Prag an. Hoer hält einen energischen Vortrag, durch welchen er beweisen will, daß alle Vorgänge einen angelegten Plan der Reaktion bezeigen. Der Ausspruch von Walmoden in Prag, als die Wiener Untersuchungskommission ihre Beglaubigungsurkunde vorzeigte: — Fischhof, der Name ist gut, Pillerdorf, der hat hier nichts zu befehlen, die Stadt ist im Belagerungsstande, — sei bereits hier in Wien zu dem Zwecke ausgebeutet worden, um nicht nur Dr. Fischhof, sondern mit ihm den ganzen Ausschuss zu verdächtigen. Er trage darauf an, es möge eine eigene Kommission neuerdings bestimmt werden, um das Wahre an den Tag zu bringen. Nun stellt Zampieri den Antrag, der Ausschuss der Bürger, Nationalgarben und Studenten Wiens solle an das Ministerium die Forderung stellen, Leo Thun und Windischgrätz alsogleich abzurufen und zugleich dafür zu sorgen, daß die Fäden der reaktionären Partei in unsern Händen bleiben. Ein Mitglied äußert Besorgniß, bei dem erbitterten Gemüthe der Garnison Prags Windischgrätz jetzt abzurufen. Er besürchte für Prag die traurigsten Folgen.

Dr. Innhauser vermahnt sich im Namen der Nationalgarde gegen das Wort Furcht. Dr. Gruby will sogleich einen andern Kommandanten dahin absenden. Reichmann sagt: Meine Herren! täuschen wir uns nicht, und gehen wir nicht wie die Kage um den Brei. Hat die Hofkommission, vom Ministerium abgeschickt, keine Macht über Windischgrätz gezeigt, so

liegt es ja klar auf der Hand, daß, wenn wir nicht vom Kaiser selbst seine Abberufung verlangen, er unsere zweite Deputation ebenso wie die erste empfängt. Nun trägt Rüdegger, ein Mitglied der ersten Deputation nach Prag, die schimpfliche Art und Weise vor, wie er und die Deputirten bei ihrer Ankunft von den Soldaten behandelt worden seien. Die Soldaten hätten sie mit dem Namen: Wiener Hunde traktirt; nur mit genauer Noth wären sie durch das Zureden einiger Offiziere an die Mannschaft Mißhandlungen entgangen. Man habe sie zu ihrer eigenen Sicherheit einsperren müssen, um sie vor der Wuth der Soldateska, die ohne alle Disziplin und Subordination war, zu schützen. Willner besürchtet, wenn man eine solche Soldatenherrschaft länger wahren läßt, wenn das Militär selbst der Stimme seiner Führer nicht mehr gehorchend, wie es in Prag der Fall war, einer Horde gleich, sich benimmt, dann haben wir auch hier das Aergste zu erwarten, und den Bürgerkrieg vor unserer Thüre. Ich trage darauf an, unser erster Willkomm an den Erzherzog Johann sei die Bitte um Abberufung des Fürsten Windischgrätz, und wir werden sogleich wissen, woran wir sind. Da tritt Major Grulich auf und spricht: Meine Herren! Ich bin vom Kriegsministerium hierher beordert, um Ihrem Wunsche nach, das gute Einvernehmen zwischen Militär und Civil zu bewahren. Ich bin Offizier, und welcher Offizier von Ehre wird solche Ausdrücke in seiner Gegenwart geduldig ertragen? Während Tausende meiner wackern Brüder zum Wohle des Vaterlandes in Italien ihr Blut vergießen, bringt man gegen das Militär die Ausdrücke Soldateska und Horde in Anwendung? Ich protestire feierlichst dagegen, ich kann nie mehr Zeuge solcher Erörterungen sein, und kann es nicht der Wahrheit gemäß finden, daß man dem Fürsten Windischgrätz, der durch strenge Mannszucht bekannt ist, den Vorwurf mache, er habe die Bande der Disziplin gelockert. Schon wollte er den Saal verlassen, als die beiden Mitglieder Rüdegger und Willner erklärten: es sei keineswegs die Achtung vor dem Gesamtmilitär geschmälert, wenn man einen Theil der Garnison Prags, die sich derart benommen, eine Soldateska nenne. Namentlich erklärt Rüdegger: Er frage den Herrn Oberstwachmeister selbst, was er von Soldaten halte, die der Stimme ihrer Führer nicht mehr gehorchen. Der Präsident bricht die Debatte ab, und sagt: Herr Major, der Ausdruck von zwei Mitgliedern ist nicht der des Gesamtausschusses; sie hätten auch das Wort nur bedingungsweise auf einen Theil der Prager-Truppe bezogen, darum werde man dennoch die Achtung vor der Gesamtarmee zu bewahren wissen. Er ersuche daher den Major sich zu trüben zu stellen, das jetzige Betragen zwischen der Bevölkerung Wiens und dessen Garnison zeige genugsam, daß man sie zu schätzen wisse. Wessely bringt nun den Antrag von Hoer neuerdings in Anregung: Graf Walmoden, als Militär von Ehre bekannt, werde aufgefordert, zu erklären, in welchem Sinne er die Worte gesprochen, welche Fischhof bei vielen Böswilligen bereits verdächtigt. Goldmark meint, es stecken Wahlumtriebe dahinter, man besürchte, Leute von anerkannter Gesinnung kämen in das Parlament, und so benütze die Reaktion die Worte Walmoden's zur Verdächtigung. Er glaube, der gesammte Ausschuss solle für Dr. Fischhof eine öffentliche Ehrenerklärung votiren. Fischhof vermahnt sich gegen jede solche Ehrenerklärung. Sein Leben und Wirken liege offen vor und sei genug Bürgschaft, um ihn in den Augen der Gutmüthigen vor jeder Verdächtigung zu bewahren. Er begnüge sich mit dem einfachen Antrage Wessely's, welcher auch einstimmig zum Beschluß erhoben wird.

Nun ließ Goldschmid die Eingabe an das Ministerium vor wegen Suspendirung des Grafen Leo Thun und aller seiner Beamten, welche an der Errichtung der provisorischen Regierung theilnahmen. Wird für gut befunden. Fürst Radziwil berichtet, der Ausschuss werde für die Nationalgarde in Floridsdorf um Gewehre angegangen. Er glaube die Polizei hätte über tausend Gewehre, die am besten zu dem Zwecke benützt werden könnten. Rosenthal, Präfekt, berichtet, in Hengsdorf Nr. 4 seien am 23. Juni zwischen 5 und 6 Uhr bei 20 Garden in ein Haus gedrungen; sie hätten auf brutale Weise das Haus durchsucht, unter dem Vorwande, es seien 4 Ligourianer verborgen. Eine Kommission zur Untersuchung wird niedergelegt.

Abendstizung vom 24. Juni. Wessely trägt darauf an, dem Unfuge der Ragenmusiken ein Mal Schranken zu setzen. Zu diesem Ende will er ein Plakat, wodurch diese untersagt werden, ferner den Befehl, daß die Häuser um 10 Uhr pünktlich geschlossen werden. Hirschfeld glaubt, daß man dagegen weiter gar nichts thun könne, als Plakate erlassen, und zwar, bloß ermahrend, nicht verbotend. Eckart verteidigt gar die Berechtigung der Ragenmusik als Volksdemonstration. Auf den Antrag Schiels wird zur Tagesordnung übergegangen. Franclich macht den Antrag, das Ministerium anzugehen, daß es dem Ausschusse, als Wahrer der Volksrechte, gestattet sei, Klagen über Verletzung der Volksrechte auch außerhalb Wiens zu erheben. Der Antrag wird nach kurzer Debatte als unstatthaft verworfen. Der Präsident gibt die Nachricht, die ihm gestern hinterbracht worden sei, daß 12 Briefe an hohe Kavaliere, in einem Handschuhkästchen verborgen, angekommen seien, und man sogleich den Verdacht geschöpft habe, daß irgend eine Metternichsche Verbindung stattfinden könne, deshalb habe er sogleich Nachforschungen ange stellt. Baron Eskelès habe die Auskunft ertheilt, daß sie von Lord Venting herrühren, der auffordert, Deputirte nach Frankfurt am Main zu schicken; übrigens habe sich Baron Eskelès erbotten, auf Verlangen auch fernere Aufschlüsse zu geben. Der Präsident findet es sehr seltsam, daß ein englischer Lord auffordere, Deputirte nach Frankfurt zu schicken. Der Redakteur des Demokraten, der diese Nachricht zuerst verbreitet, erklärt, daß er, nachdem er nähere Aufklärung bekommen, erfahren habe, daß die Briefe nicht aus London, sondern aus Frankfurt vom Grafen Venting kämen, der zu einer Versammlung von Gutsherrn in Frankfurt einladet. Da ein Brief englisch gewesen, so glaubte man, sie kämen von London; da jedoch die mysteriöse Weise, auf welcher die Briefe angelangt, Verdacht erregend ist, wird beschloffen, deshalb nähere Erkundigung von Baron Eskelès einzuholen. Dr. Goldmark setzt auseinander, daß in Wien weit mehr äußere Abzeichen des Deutschtums, mehr Fahnen und Kokarden gesehen werden, als im übrigen Deutschland, daher er es besonders geeignet findet, daß die Soldaten in den Regimentern derjenigen Länder, welche zum deutschen Bunde gehören, neben der österreichischen Kokarde auch noch die deutsche trügen, wie es in Preußen bereits geschehen. Eckart will, daß die Nationalgarde Wiens, einer deutschen Stadt, auch die deutsche Kokarde trage. Ficia fragt, warum die Fahnen der Nationalgarden weiß und nicht schwarz-roth-golden seien? Warhanek bemerkt, daß in München beinahe Aufruhr entstanden sei, als das österreichische Bundeskontingent mit deutschen Kokarden und Bändern geschmückt, in München einrückte, so daß die bairische Regierung sich genöthigt gesehen, auch ihre Truppen dergleichen aufstecken zu lassen. Es habe dieses einen sehr guten Eindruck in Deutschland gemacht. Violand ist dagegen, daß die Nationalgarde

die deutsche Kokarde aufstecken müsse, weil sie das Abzeichen einer politischen Gesinnung sei, demnach die Nationalgarde sie zu tragen bemüssigen, einen politischen Terrorismus üben heiße. Er will also bloß, daß das Tragen der deutschen Kokarde vom Oberkommando der Nationalgarde empfohlen werde. Schiel will, daß auch nicht-deutsche Truppen, wenn sie sich im deutschen Lande befinden, die deutsche Kokarde tragen, die Nationalgarde aber jedenfalls dazu verpflichtet sei. Es wird auch der Antrag angenommen, das Kriegsministerium anzugehen, daß diejenigen Truppen, welche sich in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen befinden, die deutschen Farben tragen sollen; bezüglich der Nationalgarde aber den Wunsch auszudrücken, sich deutscher Kokarden und Fahnen zu bedienen. Der Präsident zeigt an, daß die Damen sich erbotten hätten, deutsche Fahnen für die Nationalgarde zu verfertigen.

Der Gemeindeausschuss übersendet eine Note bezüglich der Reorganisirung der Polizei im volksthümlichen Sinne. Es sind beinahe alle Vorschläge des Ausschusses angenommen. Jedoch beanstandet Dr. Goldmark, daß darin von einer Civil-Polizeiwache gesprochen sei, was den ehemaligen Vertrauten gleichkäm; ferner, daß zwar eine Sichtung des Dienstpersonales, keineswegs aber des Amtspersonales versprochen worden sei. Er findet dies um so nothwendiger, weil die Polizei jetzt ein sehr seltsames Betragen zeige, und um dem Ausschusse Verlegenheit zu bereiten, die Verbrecher durchschlüpfen lasse. Hirschfeld unterstützt diese Meinung deshalb, weil das Amtspersonal nach Sednigkyschen Ansichten gehandelt habe und nie davon ablassen werde, daher sei eine Sichtung um so nothwendiger. Ficia behauptet, die Stadthauptmannschaft werde ebensowenig Zutrauen genießen, als die Polizeidirektion, wenn man dieselben Personen dabei hantiren sehr. Es wird daher der Antrag Dr. Goldmarks angenommen und dieser Punkt nach seinem Vorschlage redigirt. Der Minister des Innern ladet den Ausschuss ein, sich Morgen um halb 10 Uhr Sr. k. k. Hoheit, dem Erzherzog Johann vorzustellen. Ein Militär beantragt, die Errichtung eines Freikorps nach Italien, zur Hälfte aus Jägern, zur Hälfte aus Pionieren, welche bloß arbeiten sollen, bestehend. Es hätten sich bereits viele Nationalgarden und Studenten dazu bereit erklärt, jedoch möge die Werbung vom Ausschusse ausgehen, weil sie sonst beim Volke keinen Anklang finden würde. Es wird der Kommission für die italienischen Angelegenheiten überwiesen. Hirschfeld trägt darauf an, daß das Militär dem konstitutionellen Kaiser schwören solle, auch, daß es auf die Errungenschaften des 16. Mai und dahin vereidigt werde, nie die Waffen gegen das Volk zu brauchen. Dr. Gruby bestreitet den letzten Passus, denn da unser Volk noch nicht durchaus von konstitutioneller Gesinnung durchdrungen ist, könnte es geschehen, daß wir die Militärmacht brauchen, wenn ein Theil des Volkes im antikonstitutionellen Sinne sich erhebe. Goldschmid glaubt, das Militär könne wol eine Konstitution beschwören, aber nicht die Errungenschaften gewisser revolutionärer Tage. Dr. Wurda: der Kaiser Ferdinand wird sein Wort nie brechen. Schiel theilt mit, daß ihm der Kriegsminister gesagt, es sei bereits längst der Befehl gegeben, das Militär auf die Konstitution zu vereidigen. Goldmark fragt, wie das Militär eine Konstitution beschwören könne, die bereits längst verschwunden sei? Dann wäre ja Fürst Windischgrätz im Rechte gegen uns aufzutreten. Man geht daher zur Tagesordnung über. Eine Frau aus St. Ulrich beklagt sich, daß man nicht dulden wolle, daß sie die deutsche Fahne ausbänge, man habe ihr bedeutet, sie möchte den elenden Fegen herabneh-

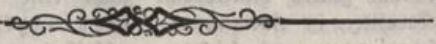
men und habe ihr deshalb mit Kagenmuffen und mit Abreißen gedroht. Es wird beschlossen, darüber nähere Erkundigungen einzuziehen.

Vormittags-Sitzung von 26. Juni. Das Forstamt im Prater macht den Antrag, sich mit den Forstschülern von Mariabrunn zu verstärken und seine desfallsige Bitte zu unterstützen. Wird angenommen. Abermals laufen Klagen ein, daß die Arbeiter schlechtes und nicht vollwertiges Brot erhalten. Es werden deshalb Muster vorgezeigt, bei denen mehrere Lothe fehlten und die von einer so elenden Dualität sind, daß sie keineswegs aus Mehl, sondern aus alten, aufgeweichten Brodkrummen zusammengebacken sein können. Der Präsident beantragt, eine Kommission zur Untersuchung des vorliegenden Falles zu ernennen, aber auch eine Kommission, welche die Mittel angeben soll, wie in Zukunft diesem Uebelstande abgeholfen werden könne, zu ernennen. Goldschmid: Nach den bestehenden

Gesetzen sei dieser dreimal wiederholte Fall als schwere Polizei-übertretung zu ahnden. Er will, daß der Bäcker für jede Brotgattung eine Wage aufgestellt habe, auf welcher ein Brot liege, von wo es der Käufer wegnehmen kann. Willner bringt auf bessere Aufsicht der Marktpolizei. Der Präsident glaubt, daß die Marktpolizei von Nationalgarde begleitet werde. Ein Ausschußmitglied will, daß je ein Ausschuß-Deputirter von zwei Nationalgarden begleitet, die Bäcker seines Bezirkes visitire.

Innhäuser: Man möge keine Palliativmaßregeln, um dem Uebel auf kurze Zeit abzuhelfen, sondern radikale Maßregeln anwenden. Die jetzige Markt-Aufsicht sei nicht in der Lage dem Publikum zu genügen. Sie bestehe aus denen, die selbst beauftragt werden sollen. Auch sei der Rohstoff bisher außer Acht gelassen worden. Die Müller zwingen die Bäcker zu einem solchen Preise, daß sie bei der Sägung nicht bestehen können.

(Fortsetzung folgt.)



Ka 4400